

**Niederschrift  
über die 21. Sitzung des Finanzausschusses**

<b>Sitzung am :</b>	Donnerstag, den 15.09.2016
<b>Sitzungsort:</b>	Rathaus, Zimmer 154 b

**Beginn:** 16:30 Uhr **Ende:** 18:57 Uhr

**Anwesenheit:**

**Vorsitzender**

**Bemerkungen**

Herr Oberbürgermeister Ralf Oberdorfer

**Stimmberechtigtes Mitglied**

Herr Christian Hermann  
Herr Klaus Jäger  
Herr Tobias Kämpf  
Frau Kerstin Knabe  
Herr Steffen Müller  
Frau Petra Rank  
Herr Wolf-Rüdiger Ruppin

**Beratendes Mitglied**

Herr Michael Hochmuth  
Herr Maik Schwarz  
Herr Wolfgang Stark anwesend bis TOP 8 (während)  
Herr Bert Walther  
Herr Heiko Wogenstein  
Herr Gerd Zeune

**Stellvertretendes Mitglied**

Herr Benjamin Zabel Vertretung für SR Fiedler

**Abwesende:**

**Stimmberechtigtes Mitglied**

Herr Thomas Fiedler entschuldigt  
Frau Annekatriin Schicker entschuldigt

**Beratendes Mitglied**

Frau Sabrina Lux entschuldigt  
Herr Jochen Stüber unentschuldigt

### Mitglieder der Verwaltung

<b>Name</b>	<b>Funktion</b>	<b>Anwesenheitsgrund</b>
Frau Göbel	FBL Finanzverwaltung	gesamte Sitzung
Herr vom Hagen	Leiter Eigenbetrieb GAV	TOP 4.1
Herr Armbruster	Kaufm. Leiter Eigenbetrieb GAV	TOP 4.1
Frau Kramer	Controlling	TOP 2.2
Herr Fischer	Revierförster	TOP 4.1
Herr Enders	FG Tiefbau	TOP 4.2
Frau Kraus	FG Tiefbau	TOP 3

### weitere Sitzungsteilnehmer

<b>Name</b>	<b>Anwesenheitsgrund</b>
Herr Schmieder (Staatsbetrieb Sachenforst - Forstbetriebsleiter Plauen)	TOP 4.1
Herr Grünler (Gast)	öffentlicher Teil
Herr Niehus (Freie Presse)	öffentlicher Teil
Herr Zierold (Vogtland Anzeiger)	öffentlicher Teil

### Tagesordnung:

#### öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
  - 1.1. Tagesordnung
  - 1.2. Beantwortung von Anfragen
  - 1.3. Bekanntgabe von Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Sitzung des Finanzausschusses am 18.08.2016
  - 1.4. Informationen des Oberbürgermeisters
- 2. Information**
  - 2.1. Genehmigte über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen für das Jahr 2016  
*Drucksachennummer: 425/2016*
  - 2.2. Schlüsselprodukte im Haushaltsplan 2017 ff.  
*Drucksachennummer: 392/2016*
  - 2.3. Wesentliche Abweichungen zum Haushaltsplan 2016  
*Drucksachennummer: 426/2016*
- 3. Beschlussfassung**

Bereitstellung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung für die Planung zum Ausbau Annenstraße von Forststraße bis Julius-Fucik-Straße  
*Drucksachennummer: 429/2016*
- 4. Vorberatung**
  - 4.1. Forsteinrichtung 2016 - 2025 für den Körperschaftswald der Stadt Plauen  
*Drucksachennummer: 402/2016*
  - 4.2. Bereitstellung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung für den Ausbau Seminarstraße zwischen Gartenstraße und Trockentalstraße  
*Drucksachennummer: 427/2016*

- 4.3. Bereitstellung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung für den Ausbau Heinrichstraße  
**Drucksachennummer: 428/2016**
- 4.4. Vereinbarung mit dem Vogtlandkreis zum Breitbandausbau in der Stadt Plauen  
**Drucksachennummer: 437/2016**
- 4.5. Feststellung des Jahresabschlusses 2014  
**Drucksachennummer: 424/2016**
- 4.6. Änderung des Gesellschaftsvertrages der Abfallentsorgung Plauen GmbH  
**Drucksachennummer: 417/2016**
- 4.7. Änderung des Gesellschaftsvertrages der Plauener Straßenbahn GmbH  
**Drucksachennummer: 418/2016**
- 4.8. Änderung des Gesellschaftsvertrages der Straßenbahn - Bus GmbH Plauen  
**Drucksachennummer: 419/2016**
5. Anfragen (§ 21 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

## **1. Eröffnung der Sitzung**

Die 21. Sitzung des Finanzausschusses wird von Oberbürgermeister Oberdorfer durch die Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung eröffnet und geleitet.

Für die Mitunterzeichnung der Niederschrift werden Stadtrat Wolf-Rüdiger Ruppin, CDU-Fraktion, und Stadtrat Benjamin Zabel, SPD/Grüne-Fraktion, gebeten.

### **1.1. Tagesordnung**

Oberbürgermeister Oberdorfer erweitert die Tagesordnung und reicht die Verwaltungsvorlage **Vereinbarung mit dem Vogtlandkreis zum Breitbandausbau in der Stadt Plauen, DS-Nr. 437/2016** als Tischvorlage aus. Die Vorlage wird unter Vorberatung TOP 4.4 behandelt.

Die Tagesordnung wird unter Beachtung der oben aufgeführten Änderungen bestätigt.

### **1.2. Beantwortung von Anfragen**

Keine offenen Anfragen.

### **1.3. Bekanntgabe von Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Sitzung des Finanzausschusses am 18.08.2016**

Oberbürgermeister Oberdorfer gibt folgenden Beschluss aus dem nichtöffentlichen Teil der Sitzung des Finanzausschusses vom 18.08.2016 bekannt:

#### **Beschluss:**

**Der Finanzausschuss der Stadt Plauen genehmigt den Verkauf des Flurstücks 1171, Gemarkung Plauen, Größe 420 m<sup>2</sup>, zum Preis von 55.000,00 EUR (131 EUR/m<sup>2</sup>).**

#### 1.4. Informationen des Oberbürgermeisters

Keine Informationen.

#### 2. Information

##### 2.1. Genehmigte über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen für das Jahr 2016

*Drucksachenummer: 425/2016*

Keine Diskussion.

##### **Information:**

**Der Finanzausschuss der Stadt Plauen nimmt die gemäß der Anlage im Zeitraum vom 30.07.2016 bis zum 26.08.2016 genehmigten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2016 zur Kenntnis.**

##### 2.2. Schlüsselprodukte im Haushaltsplan 2017 ff.

*Drucksachenummer: 392/2016*

Frau Kramer, Controlling, erläutert die Vorlage und erklärt, dass die Überprüfung der Schlüsselprodukte, anhand eines Städtevergleiches durchgeführt wurde. Sie merkt an, dass Schlüsselprodukte jene Produkte sind, die kommunalpolitische oder finanzpolitische Bedeutung haben. Sie weist darauf hin, dass bei vielen Kommunen die Kennzahlen nicht ausgewiesen werden und die Produkte teilweise zusammengefasst werden. Sie schlägt deshalb vor, die Schlüsselprodukte zu reduzieren, da in den restlichen Produkten genügend Informationen vorhanden und somit für die Haushaltsdiskussion ausreichend sind. Zudem gibt es in den Ausschüssen und Arbeitsgruppen zusätzliche Auskünfte zu speziellen Produkten.

Herr Maik Schwarz, sachkundiger Einwohner, findet, dass die Schlüsselprodukte, wenn sie im Stadtrat beschlossen wurden, auch im Stadtrat wieder abgewählt und nicht nur als Informationsvorlage behandelt werden sollten. Er äußert, dass z.B. die Schlüsselprodukte für die Förderung der Wohlfahrtspflege und Jugendeinrichtungen beibehalten werden sollten. Er begründet dies damit, dass sich die Bürger, wenn der Haushaltsplan ausgelegt wird, meist für diese Bereiche interessieren und die Schlüsselprodukte detaillierter dargestellt werden.

Stadtrat Benjamin Zabel, SPD/Grüne-Fraktion, fragt auch, wieso diese Vorlage nur eine Information und keine Beschlussfassung ist? Er möchte wissen, wie man einzelne Schlüsselprodukte, welche die Verwaltung z.B. abwählen möchte, wieder hinzufügen könnte? Er bittet um formale Erklärung. Als Beispiel nennt er z.B. das Schlüsselprodukt der Familienhebamme, welches er gern beibehalten würde.

Frau Göbel, FBL Finanzverwaltung, erklärt, dass die Abwahl eines Schlüsselproduktes nicht bedeutet, dass die Aufgabe nicht notwendig ist. Sie erklärt, dass wenn die Information zum Beschluss erhoben werden soll, die Behandlung um ein Jahr verschoben werden muss und es dann erneut als Beschlussvorlage eingereicht wird. Sie schlägt vor, dass es um ein Jahr zurückgestellt wird, die Schlüsselprodukte so beibehalten werden und die Fraktionen ihrerseits Vorschläge einreichen können. Sie fügt hinzu, dass dann für nächstes Jahr rechtzeitig eine Beschlussvorlage vorbereitet wird.

Die Mitglieder des Finanzausschusses sind mit dieser Verfahrensweise einverstanden.

##### **Information:**

**Der Finanzausschuss der Stadt Plauen nimmt die Veränderung im Bereich der Schlüsselprodukte zur Kenntnis.**

### 2.3. **Wesentliche Abweichungen zum Haushaltsplan 2016**

**Drucksachenummer: 426/2016**

Frau Göbel, FBL Finanzverwaltung, erläutert die Vorlage und informiert, dass der Haushaltsvollzug planmäßig ist. Sie informiert, dass bei Betrachtung des Gesamthaushaltes zum derzeitigen Stand von einer liquiditätswirksamen Verbesserung von 1,4 Mio. EUR ausgegangen werden kann. Sie fügt hinzu, dass diese hilft, die Belastungen der Folgejahre etwas gegen zu finanzieren.

Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne-Fraktion, bezieht sich auf die höher ausgefallenen Rückzahlungen aus der Betriebskostenabrechnung in Höhe von 400 TEUR anstatt 300 TEUR. Er fragt, ob in den folgenden Planjahren auch mit dieser Summe gerechnet wird?

Frau Göbel antwortet, dass dies nicht unbedingt auf die Folgejahre übertragbar ist und der Bereich Ihrem Wissen nach mit 300 TEUR plant.

*(nachtr. Anm. v. Fr. Göbel: Äußerung von SR Hermann ist korrekt. Ab 2017 ist ein Erstattungsbetrag i. H. v. 400 TEUR geplant.)*

Stadtrat Hermann möchte zudem wissen, ob durch die neuen Blitzer nun mit doppelt so hohen Einnahmen geplant wird?

Frau Göbel, weist darauf hin, dass in den Folgejahren mit rückläufigen Zahlen gerechnet wird. Insbesondere auch pro Fall, da eingeschätzt wird, dass es mehr Verwarngelder gegenüber den Bußgeldern gibt.

Oberbürgermeister Oberdorfer weist darauf hin, dass mit den neuen Blitzern eine erzieherische Wirkung erzielt und die Stadt dadurch sicherer gemacht werden soll. Er merkt an, dass es nicht darum geht, damit Einnahmen zu generieren.

**Stadtrat Klaus Jäger, Fraktion DIE LINKE., fragt, was sich bezüglich der lfd. Nr. 16 (Gewerbsteuer) Pkt. 1.2 Zuwendungen, Umlagen n. Arten sowie aufgel. SOPO hinter der Summe in Höhe von 101.986 EUR verbirgt?**

**Oberbürgermeister Oberdorfer sagt eine schriftliche Beantwortung durch die Finanzverwaltung zu.**

#### **Information:**

**Der Finanzausschuss der Stadt Plauen nimmt die in der Anlage dargestellten „Wesentlichen Abweichungen zum Haushaltsplan 2016“ zur Kenntnis.**

### 3. **Beschlussfassung**

**Bereitstellung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung für die Planung zum Ausbau Annenstraße von Forststraße bis Julius-Fucik-Straße**

**Drucksachenummer: 429/2016**

Frau Kraus, FG Tiefbau, erläutert die Vorlage und erklärt, dass die Planung vorgezogen werden soll, das es sich um einen relativ großen Bauabschnitt mit ca. 400 m handelt.

Frau Göbel, FBL Finanzverwaltung, erläutert im Folgenden die haushaltstechnischen Zusammenhänge und nimmt dabei Bezug auf die Frage von Herrn Maik Schwarz, sachkundiger Einwohner zum Zusammenhang zur Bilanz.

#### **Beschluss:**

**Der Finanzausschuss der Stadt Plauen beschließt die Bereitstellung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung i. H. v. 70.000 EUR für die Beauftragung von Planungsleistungen Phase 1-4 zur Maßnahme „Ausbau Annenstraße von Forststraße bis Julius-Fucik-Straße“.**

#### 4. Vorberatung

##### 4.1. Forsteinrichtung 2016 - 2025 für den Körperschaftswald der Stadt Plauen *Drucksachenummer: 402/2016*

Herr Schmieder, Staatsbetrieb Sachsenforst - Forstbetriebsleiter Plauen, erläutert die Vorlage anhand einer Präsentation und fasst die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für den Betrieb zusammen. Er erklärt, dass der städtische Wald in der Höhe des Zuwachses genutzt wird und die Nachhaltigkeit auf jeden Fall gewährleistet ist. Er fügt hinzu, dass das kalkulierte Betriebsergebnis (307 EUR/Jahr u. Hektar) deutlich über dem Bundesdurchschnitt (129 EUR/Jahr u. Hektar) liegt. Er informiert, dass der Betrieb Mitglied in der Forstbetriebsgemeinschaft Plauen/Vogtland Mitglied ist und das Holz somit bestmöglich vermarktet werden kann.

Er fasst zusammen, dass es kaum wesentliche Anhaltspunkte für die Verbesserung der Ertragslage gibt und höchstens im Bereich der Aufwandsseite, durch Verbissdruck, die Senkung der Verjüngungskosten anzustreben ist.

Oberbürgermeister Oberdorfer merkt an, dass diesbezüglich schon Kontakt mit den Jagdpächtern aufgenommen wurde, um die Verbisschäden zu verringern.

Herr vom Hagen, Leiter Eigenbetrieb GAV, berichtet von den Vertragsanpassungen mit den Jagdpächtern. Er äußert, dass seit Anfang 2016 mit fast allen Jagdpächtern Vereinbarungen getroffen wurden, die bei Nichteinhaltung möglicherweise auch zu Schadensersatzforderungen führen können. Es gibt noch ein paar Jagdpächter mit denen die Verhandlungen noch ausstehen, aber insgesamt, sollten die Verbisschäden durch die Vertragsanpassungen eingeschränkt werden.

Oberbürgermeister Oberdorfer merkt an, dass die Bestände an Wild auf ein für die Wälder verträgliches Maß gebracht werden sollen.

Stadtrat Klaus Jäger, Fraktion DIE LINKE., hebt positiv hervor, dass sich das betriebswirtschaftliche Ergebnis (Anlage 4, S.6) in den letzten zehn Jahren systematisch verbessert hat. Er merkt jedoch an, dass ein strategisches Ziel sein sollte, die Kosten für die Verbisschäden in Höhe von 175 TEUR/Jahr zu minimieren. Er hinterfragt, ob jetzt bestehende und sehr gut funktionierende Synergien, für andere Partnerschaften aufgegeben werden sollten, vor allem wenn man bedenkt, dass Plauen bezüglich der Erwirtschaftung über dem Bundesdurchschnitt liegt.

**Oberbürgermeister Oberdorfer erklärt, dass die Stadt Plauen in den letzten Jahren im Rahmen des jährlichen Beschlusses zum Forstlichen Wirtschaftsplan bewusst weniger eingeschlagen hat, als möglich gewesen wäre. Er fügt hinzu, dass somit auch der Zuwachs der Bestände zu erklären ist. Er erläutert, dass die Bestände nun über dem Durchschnitt (Holz/Hektar) sind und es dadurch auch legitim ist, in den nächsten Jahren so viel zu entnehmen, wie jährlich zuwächst. Er schlägt vor, im Amtsblatt der Stadt nochmals fachlich Stellung zu diesem Thema zu beziehen.**

**Stadtrat Tobias Kämpf, CDU-Fraktion, fragt, ob ggf. nachgereicht werden könnte, wie viele Verträge mit den Jagdpächtern bezüglich der Verhandlungen Wildverbiss geschlossen wurden und welche noch offen sind?**

**Oberbürgermeister Oberdorfer bittet Herrn vom Hagen zum Jahresende, wenn der Prozess der Nachverhandlungen abgeschlossen ist, nochmals zusammenfassend im Ausschuss davon zu berichten.**

Herr Schmieder erklärt bezüglich der Frage von Stadtrat Kämpf zu möglichen Kooperationen, dass seiner Meinung nach das Optimum weitgehend gefunden wurde. Er informiert, dass die Abnehmerstruktur sehr gut ist und es kaum Spielraum mehr gibt. Egal durch wen

bewirtschaftet wird, die Abnehmer wären die gleichen. Er fasst zusammen, dass Kooperationen nur ein Substitut vorhandener Kooperationen wären.

Stadtrat Kämpf fragt, ob es mögliche Synergien bei den Personalkosten geben könnte?

Herr Schmieder erklärt, dass Synergien möglich wären, wenn es z.B. eigene Waldarbeiter geben würde. Er fügt hinzu, dass die vorhandene Personalausstattung in Plauen das Minimum an dem ist, was benötigt wird, um den Betrieb am Laufen zu halten.

Oberbürgermeister Oberdorfer, berichtet, dass es früher Waldarbeiter gab und dies dann durch ihn hinterfragt wurde. Daraufhin gab es eine Analyse, in deren Rahmen die Waldarbeiter aufgegeben und die Aufgaben durch Dienstleister übernommen wurden.

Stadtrat Benjamin Zabel, SPD/Grüne-Fraktion, möchte wissen, ob es hinsichtlich der Vermarktung Kooperationsmöglichkeiten geben würde? Zudem fragt er, ob es möglich und realistisch ist, den durchschnittlichen jährlichen Ertrag in Höhe von 700 TEUR in bestimmten Jahren aus haushaltstechnischen Gründen höher und in späteren Jahren niedriger anzusetzen?

Herr Schmieder erklärt bezüglich der Vermarktung, dass egal wer das Holz vermarktet, die Abnehmer die gleichen sind. Er sieht deshalb im Rahmen der Vermarktung keinen Ansatzpunkt ein besseres Ergebnis zu erzielen. Hinsichtlich der Verschiebung äußert er, dass dies grundsätzlich sinnvoll und machbar ist. Die Erfahrung zeigt allerdings, dass es schwierig ist, die niedrigeren Ertragszahlen zu rechtfertigen, wenn man die höheren Erträge gewohnt ist.

Herr vom Hagen, Leiter Eigenbetrieb GAV, merkt an, dass die von Stadtrat Jäger genannte Zahl in Höhe von 175 TEUR für Verbisschäden nie genannt wurde. Es wurde lediglich bei der Veranstaltung im Pfaffengut von 75 TEUR für mögliche Verbisschäden gesprochen. Zudem fragt er, ob der Antrag der Fraktion DIE LINKE. noch behandelt wird, da aufgrund der kurzfristigen Einreichung des Antrages, keine Stellungnahme mehr möglich war?

Oberbürgermeister Oberdorfer erklärt, dass er davon ausgeht, dass die geführte Diskussion dazu führt, dass die Antragsteller ihre Anträge nicht zur Abstimmung stellen.

Herr Schmieder vermutet, dass Stadtrat Jäger die Aufwendungen in Höhe von 175 TEUR für den Bau eines Zaunes zum Schutz von Wildverbiss meint.

Herr vom Hagen weist bezüglich des Antrages der Fraktion DIE LINKE. darauf hin, dass die Anlage 3 nicht ergänzt werden kann, da es sich um einen Vorbericht handelt, der im Mai abgeschlossen wurde. Er erklärt, dass die Verringerung der Verbisschäden Gegenstand des Verwaltungshandelns ist.

Oberbürgermeister Oberdorfer erklärt, dass Herr vom Hagen am Ende des Jahres berichten soll (siehe Aufgabenplanung), wie sich die Situation mit den veränderten Jagdpachtverträgen darstellt. Er denkt, dass dies dem Antragsteller entspricht und der Antrag somit abgearbeitet ist.

Die Mitglieder des Finanzausschusses stimmen dem Beschlussvorschlag der Verwaltungsvorlage mit der Drucksachenummer 402/2016 einstimmig zu.

### **Beschlussvorschlag:**

- 1. Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Forsteinrichtung für den Kommunalwald der Stadt Plauen für den Forsteinrichtungszeitraum 2016 bis 2025 auf der Grundlage des vom Staatsbetrieb Sachsenforst erarbeiteten Entwurfs (Anlage 1).**
- 2. Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die nach Planungsmerkmalen differenzierte Verbindlichkeit der mittelfristigen waldbaulichen Planung im Körperschaftswald entsprechend des Vorschlages des Staatsbetriebes Sachsenforst (Anlage 2).**

**Abstimmungsergebnis: 9 JA-Stimmen; 0 NEIN-Stimmen; 0 Stimmenthaltungen**

**4.2. Bereitstellung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung für den Ausbau Seminarstraße zwischen Gartenstraße und Trockentalstraße**  
*Drucksachenummer: 427/2016*

Herr Enders, FG Tiefbau, erklärt, dass die Maßnahme auf Anfang des Jahres vorgezogen werden soll, damit die Preise für die Ausschreibung günstiger sind.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE., fragt, ob schon geplant ist, wann der anderen Teil der Seminarstraße ausgebaut wird, da sich dieser auch in einem schlechten Zustand befindet. Zudem gab es auch schon Kritik von Anwohnern, da diese auch Ausgleichsbeträge bezahlt haben.

Frau Göbel, FBL Finanzverwaltung, merkt an, dass man diesbezüglich, zwischen dem was die Anwohner (für die Aufwertung) bezahlen müssen und dem was als Finanzierungsquelle für Baumaßnahmen zur Verfügung steht, unterscheiden muss.

Oberbürgermeister Oberdorfer bittet um sachliche Prüfung und sagt eine schriftliche Beantwortung zu. Er fragt zusätzlich, ob die Grundstücks- und Hauseigentümer jenseits der Trockentalstraße, die an der Seminarstraße anliegen, die Sanierungsgebietsbeiträge gezahlt haben oder nicht?

Die Mitglieder des Finanzausschusses stimmen dem Beschlussvorschlag der Verwaltungsvorlage mit der Drucksachenummer 427/2016 einstimmig zu.

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Bereitstellung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung i. H. v. 124.000 EUR für die Ausschreibung der Maßnahme „Ausbau Seminarstraße zwischen Gartenstraße und Trockentalstraße“ (Investition 18-000094).

**Abstimmungsergebnis: 9 JA-Stimmen; 0 NEIN-Stimmen; 0 Stimmenthaltungen**

**4.3. Bereitstellung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung für den Ausbau Heinrichstraße**  
*Drucksachenummer: 428/2016*

Frau Kraus, FG Tiefbau, erläutert kurz die Vorlage.

Die Mitglieder des Finanzausschusses stimmen dem Beschlussvorschlag der Verwaltungsvorlage mit der Drucksachenummer 428/2016 einstimmig zu.

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Bereitstellung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung i. H. v. 482.100 EUR für die Ausschreibung der Maßnahme „Ausbau Heinrichstraße“ (Investition 18-000008).

**Abstimmungsergebnis: 9 JA-Stimmen; 0 NEIN-Stimmen; 0 Stimmenthaltungen**

#### **4.4. Vereinbarung mit dem Vogtlandkreis zum Breitbandausbau in der Stadt Plauen** **Drucksachenummer: 437/2016**

Oberbürgermeister Oberdorfer erklärt, dass der Bund 50% Förderung bezahlt, aber nur unter der Bedingung, dass jedes Grundstück angeschlossen werden muss. Er fügt hinzu, dass sich dadurch die geplanten Eigenanteile erhöhen. Er merkt an, dass der Freistaat Sachsen zusätzlich noch 40% Förderung gibt und die Kommunen somit nur einen Eigenanteil von 10% tragen müssen. Er informiert über die enge Zeitschiene und äußert, dass der Vogtlandkreis bis zum 28.09.2016 die Unterschrift auf der Vereinbarung benötigt.

Er weist darauf hin, dass im Moment zusammen mit den Stadtwerken Strom, die innerstädtische Erschließung ohne Fördermittel erfolgt. Dazu wurde von den Stadtwerken 3 Mio. EUR mittels Kredites zur Verfügung gestellt. Er merkt an, dass diese Erschließung im November fertig wird und dann ein wettbewerbsfähiges Angebot für Internet und zukünftig auch Telefonie und Fernsehen gemacht werden kann.

Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne-Fraktion, fragt, ob die Stadt selbst keine Einflussmöglichkeit hat, welche Gebiete der Stadt erschlossen werden?

Oberbürgermeister Oberdorfer erklärt, dass er es so verstanden hat und die Bundesmittel nur ausgereicht werden können, wenn alle Grundstücke angeschlossen werden. Er weiß allerdings nicht, ob es womöglich im Laufe des Verfahrens noch etwas aufgeweicht werden kann.

Stadtrat Hermann hinterfragt, ob es sinnvoll ist, die Glasfaserkabel auch in die entlegensten Grundstücke zu verlegen, da dies sicher mit erheblichen Kosten verbunden ist. Er bittet, dies nochmal nachzufragen.

Oberbürgermeister Oberdorfer erklärt, dass er sich diesbezüglich auch auf die Aussage aus der Landkreisverwaltung verlässt.

Frau Göbel, FBL Finanzverwaltung, weist ergänzend darauf hin, dass dieser Aufwand den Ergebnishaushalt belastet und deshalb keine Kreditaufnahmemöglich ist. Sie merkt an, dass es in der Kameralistik als Investitionszuschuss ausgewiesen worden wäre und man somit einen Kredit hätte aufnehmen können.

Stadtrat Benjamin Zabel, SPD/Grüne-Fraktion, fragt, ob die Möglichkeit besteht, dass diese zusätzlichen Ausgaben zum Defizit beitragen und ob es dann zu möglichen Zuschusskürzungen in anderen Bereichen kommt?

Frau Göbel erklärt, dass aus diesem Grund entschieden werden soll, ob es sich um eine prioritäre Maßnahme handelt, deren Umsetzung von den Stadträten gewollt ist.

Sie äußert, dass momentan nicht davon ausgegangen wird, dass die Zuschüsse niedriger ausfallen als im Planansatz. Sie weist allerdings darauf hin, dass die gemeindescharfen Orientierungsdaten noch nicht bekannt sind und diese erst frühestens Ende September bekannt gegeben werden.

Stadtrat Klaus Jäger, Fraktion DIE LINKE., fragt, wer zukünftig Eigentümer des Netzes ist?

Oberbürgermeister Oberdorfer antwortet, dass es dazu Ausschreibungen geben wird.

Er weist drauf hin, dass es sich bei der heutigen Vorlage um den gegenwärtigen Stand handelt und er damit nicht verbindlich die tatsächlichen Kosten für die Investition erklärt.

Die Mitglieder des Finanzausschusses stimmen dem Beschlussvorschlag der Verwaltungsvorlage mit der Drucksachenummer 437/2016 einstimmig zu.

**Beschlussvorschlag:**

**Der Stadtrat ermächtigt den Oberbürgermeister, die Vereinbarung zum Breitbandausbau mit dem Landratsamt Vogtlandkreis in Höhe von 759.917,40 EUR, verteilt auf die Haushalts-Jahre 2017-2019, zu unterzeichnen.**

**Abstimmungsergebnis: 9 JA-Stimmen; 0 NEIN-Stimmen; 0 Stimmenthaltungen**

**4.5. Feststellung des Jahresabschlusses 2014**

***Drucksachenummer: 424/2016***

Frau Göbel, FBL Finanzverwaltung, erläutert die Vorlage. Sie weist darauf hin, dass lt. Evaluierungsbericht des Sächsischen Ministeriums des Innern, von allen Kommunen, die zum 01.01.2013 mit der Doppik begonnen haben, 48% die Eröffnungsbilanz (zum 01.01.2016) und 29% eine festgestellte Eröffnungsbilanz (zum 01.01.2016) vorweisen können. Sie erklärt, dass der Finanzmittelbestand der Jahresrechnung 2014 zum Stand 31.12.2014 (siehe Seite F4), fast vollständig (bis auf eine ganz geringe Abweichung) Eingang in die Haushaltsplanung für 2016 gefunden hat.

Die Mitglieder des Finanzausschusses stimmen dem Beschlussvorschlag der Verwaltungsvorlage mit der Drucksachenummer 424/2016 einstimmig zu.

**Beschlussvorschlag:**

**Der Stadtrat der Stadt Plauen stellt nach der Durchführung der örtlichen Prüfung gemäß § 104 SächsGemO den Jahresabschluss 2014 mit**

- **einer Bilanzsumme (Vermögensrechnung) von**  
594.238.056,11 EUR
  - o **mit einem Basiskapital von** 375.959.280,38 EUR
  - o **mit einem Endbestand von liquiden Mitteln** 18.256.708,19 EUR
  
- **einem Fehlbetrag im ordentlichen Ergebnis von** 7.195.543,44 EUR
- **einem Fehlbetrag im Sonderergebnis von** 159.304,89 EUR  
**(Ergebnisrechnung)**
  
- **einem Bedarf an Zahlungsmitteln im Jahr 2014 von** 2.034.889,44 EUR  
**(Finanzrechnung)**

**fest.**

**Der Fehlbetrag des ordentlichen Ergebnisses wird in Höhe von 5.765.858,32 EUR mit dem Basiskapital verrechnet. Der verbleibende Fehlbetrag des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von 1.429.685,12 EUR wird auf das ordentliche Ergebnis des Folgejahres vorge-tragen. Der Fehlbetrag des Sonderergebnisses wird in voller Höhe mit dem Basiskapital verrechnet.**

**Der Stadtrat der Stadt Plauen nimmt den Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes zum Jahresabschluss 2014 zur Kenntnis.**

**Abstimmungsergebnis: 9 JA-Stimmen; 0 NEIN-Stimmen; 0 Stimmenthaltungen**

**4.6. Änderung des Gesellschaftsvertrages der Abfallentsorgung Plauen GmbH**  
**Drucksachenummer: 417/2016**

*Aufgrund des gleichen Sachverhaltes werden die TOPs 4.6, 4.7 und 4.8 gemeinsam behandelt und dann einzeln abgestimmt.*

Frau Göbel, FBL Finanzverwaltung, erklärt, dass es sich bei allen drei Vorlagen hauptsächlich um die Anpassung an aktuelle kommunalrechtliche Regelungen und kleine redaktionelle Änderungen handelt. Besonders erwähnt sie dabei die Regelung bezüglich des Aufsichtsrates bei der Straßenbahn-Bus GmbH, welche an die Tatsächlichkeiten angepasst wurde. Dies bedeutet, dass der Aufsichtsrat der Straßenbahn GmbH, die Aufgaben des fehlenden Aufsichtsrates in der Straßenbahn-Bus GmbH mit übernimmt.

Die Mitglieder des Finanzausschusses stimmen dem Beschlussvorschlag der Verwaltungsvorlage mit der Drucksachenummer 417/2016 einstimmig zu.

**Beschlussvorschlag:**

**Der Stadtrat der Stadt Plauen genehmigt die Änderung des Gesellschaftsvertrages der Abfallentsorgung Plauen GmbH gemäß Anlage (wegfallende Passagen durchgestrichen, Ergänzungen fett gedruckt und unterstrichen).**

**Die Geschäftsführerin der Plauener Straßenbahn GmbH wird ermächtigt, im Zuge der notariellen Beurkundung der Vertragsänderung redaktionelle Änderungen vorzunehmen.**

**Abstimmungsergebnis: 9 JA-Stimmen; 0 NEIN-Stimmen; 0 Stimmenthaltungen**

**4.7. Änderung des Gesellschaftsvertrages der Plauener Straßenbahn GmbH**  
**Drucksachenummer: 418/2016**

Die Mitglieder des Finanzausschusses stimmen dem Beschlussvorschlag der Verwaltungsvorlage mit der Drucksachenummer 418/2016 einstimmig zu.

**Beschlussvorschlag:**

**Der Stadtrat der Stadt Plauen genehmigt die Änderung des Gesellschaftsvertrages der Plauener Straßenbahn GmbH gemäß Anlage (wegfallende Passagen durchgestrichen, Ergänzungen fett gedruckt und unterstrichen).**

**Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, im Zuge der notariellen Beurkundung der Vertragsänderung und der rechtsaufsichtlichen Genehmigung redaktionelle Änderungen vorzunehmen.**

**Abstimmungsergebnis: 9 JA-Stimmen; 0 NEIN-Stimmen; 0 Stimmenthaltungen**

**4.8. Änderung des Gesellschaftsvertrages der Straßenbahn - Bus GmbH Plauen**  
**Drucksachenummer: 419/2016**

Die Mitglieder des Finanzausschusses stimmen dem Beschlussvorschlag der Verwaltungsvorlage mit der Drucksachenummer 419/2016 einstimmig zu.

**Beschlussvorschlag:**

**Der Stadtrat der Stadt Plauen genehmigt die Änderung des Gesellschaftsvertrages der Straßenbahn – Bus GmbH Plauen gemäß Anlage (wegfallende Passagen durchgestrichen, Ergänzungen fett gedruckt und unterstrichen).**

**Die Geschäftsführerin der Abfallentsorgung Plauen GmbH wird ermächtigt, im Zuge der notariellen Beurkundung der Vertragsänderung redaktionelle Änderungen vorzunehmen.**

**Abstimmungsergebnis: 9 JA-Stimmen; 0 NEIN-Stimmen; 0 Stimmenthaltungen**

**5. Anfragen (§ 21 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)**

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE., fragt, wieso sich die Stadt Plauen jetzt für den Tag der Sachsen bewirbt und nicht für die Landesgartenschau (LGS)? Sie fügt hinzu, dass sie im Februar im Kulturausschuss gefragt hatte, ob eine Bewerbung für den Tag der Sachsen möglich ist und ihr gesagt wurde, dass dies zu teuer sei?

Oberbürgermeister Oberdorfer erklärt, dass die LGS extrem kostenintensiv wäre. Er weist darauf hin, dass die Präsentation, welche Frau Schicker im Juni im Finanzausschuss vorgestellt hat, den Fraktionen vorliegt. Er informiert, dass die damalige Schlussfolgerung war, vorerst keine Bewerbung anzustreben und von den Ausschussmitgliedern auch keine gegenteilige Meinung kundgetan wurde. Er merkt an, dass er die Bewerbung für eine LGS zu einem späteren Zeitpunkt nicht ausschließen möchte, es aber aufgrund der derzeitigen finanziellen Lage nicht möglich wäre. Im Weiteren zählt er weitere Gründe auf, weshalb vorerst von einer Bewerbung abgesehen wird.

Er erklärt, dass Plauen im Jahr 2022 900 Jahre urkundliche Ersterwähnung feiert und die Ausrichtung des Tags der Sachsen genutzt werden könnte, um dieses Jubiläum gebührend zu feiern. Er informiert, dass der Ministerpräsident die ehemaligen Ausrichterstädte im Rahmen des Tags der Sachsen in Limbach-Oberfrohna angesprochen und dabei Plauen insbesondere genannt hat. Er fügt hinzu, dass er, wenn er genaueres zu den Bedingungen für Bewerbung und die Zeitschiene weiß, eine Vorlage vorbereiten wird, in der die Stadt beauftragt wird, ein Konzept für die Bewerbung zu erarbeiten.

Abschließend merkt er an, dass ein Tag der Sachsen natürlich nicht so viele finanzielle Mittel benötigt, wie eine Landesgartenschau.

Plauen, den

Plauen, den

Ralf Oberdorfer  
Oberbürgermeister

Wolf-Rüdiger Ruppin  
Stadtrat

Plauen, den

Plauen, den

Luise Krause  
Schriftführerin

Benjamin Zabel  
Stadtrat